

# Ökostrom - zentralisiert oder selbstverwaltet?

Als Konsequenz aus der Atomkatastrophe im Pazifik zieht die Bundesregierung nur scheinbar eine Kursänderung in der Atompolitik. Zu offensichtlich ist das Moratorium der Laufzeitverlängerung eine Brückenstrategie bis die Wogen in einigen Monaten wieder etwas geglättet sind, um dann wieder etwas von der Notwendigkeit einer Brückentechnologie erzählen zu können. Das wurde ja auch auf breiter Ebene erkannt. Als Konsequenz aus Fukushima wird aber noch etwas ganz anderes verkauft. Nämlich neuer Wein aus alten Schläuchen, oder: eine alte Stromerzeugungslogik in neuen Leitungen, oder: die Notwendigkeit von 3.600 Kilometer neuer 380.000 Volt Höchstspannungsleitungen. Der Neubau stand allerdings schon länger fest, die Katastrophe soll lediglich genutzt werden um einerseits eine akute Notwendigkeit für die Leitungen zu suggerieren und so den Widerstand zu delegitimieren, andererseits soll Handlungsschnelligkeit demonstriert werden.

*Floh* Die vorherrschende Denkform, ausgehend von einer Jahrhunderte zurückreichenden abendländischen Denkgeschichte, basiert unter anderem darauf, singuläre Ereignisse in eine Kette scheinbarer Kausalitäten einzuordnen. Komplexitäten werden so reduziert auf unausweichliche Verhältnisse von Ursache und Wirkung. Diese Denkform unterstützt diskursive Herrschaft, bei der eben singuläre Ereignisse (beliebig) zu Kausalitäts-Ketten zusammengesetzt werden, die sich dann durch Wiederholungen zur scheinbar einzig logischen Kette dieser Ereignisse verkrusten, und so zu scheinbaren „Wahrheiten“ werden (wo die Realität als einzig mögliche erscheint gibt es kein abweichendes Verhalten).

## Diskursbaukästen

Beim Diskurs über neu zu bauende Hochspannungsleitungen ist schön zu sehen wie eine Kausalität erzeugt werden soll, obwohl die einzelnen Bausteine in ganz verschiedenen Ketten zusammengesetzt werden könnten. Folgendes sind die 3 Bausteine dafür:

- Stromtrassen (neu zu bauende 380.000 Volt Leitungen über 3.600 Kilometer in Deutschland)
- Ökostrom (tolle Sache!)
- der Wutbürger (Wort des Jahres 2010; ohne Verstand aber gegen fast alles)

Fangen wir damit an wie der bürgerliche Diskurs-Baukasten diese drei Bausteine zusammenbringt:

Hochspannungsleitungen sind zwar keine schöne Sache, vor allem wenn dafür Schneisen durch Wälder (100 Meter breit) geschlagen werden müssen, oder wenn sie den schönen Ausblick verschandeln. Aber sie sind eine Notwendigkeit für die gute Sache, sowie fürs Gemeinwohl. Denn: Durch sie soll Ökostrom fließen! Der im Norden erzeugte Strom aus Wind in den Süden und umgekehrt der

Solarstrom in den Norden. Super Sache also. Wer dennoch dagegen ist, muss ein\_e hoffnungslose\_r Egoist\_in sein, der\_die den eigenen Blick aus dem Fenster über das Gemeinwohl der Versorgungssicherheit durch Ökostrom setzt. Damit sei auch gleichzeitig bewiesen, dass das neu entstehende Spektrum der Wutbürger\_innen erstens irrational, zweitens egoistisch und drittens keineswegs im Sinne ökologischer oder sozialer Interessen handele.

Die konservative Stuttgarter Zeitung fasst das alles, noch vor Fukushima, in einem Satz zusammen: „Überall wo Eingriffe in Natur oder Siedlungen geplant sind, entsteht Protest – auch gegen Hochspannungsleitungen durch die Ökostrom fließen soll“.

Aber auch die taz, wohlgermerkt ein ehemals aus der linken Öko-Bewegung stammendes Medium, schreibt:

„Es knistert laut, und die Vorstellung, dass da 380.000 Volt fließen, lässt einen schnell weitergehen. Verständlich also, wenn man sich gegen eine solche Stromtrasse unmittelbar über dem eigenen Haus wehrt. Doch dieses britzelnde Geräusch ist nur in unmittelbarer Nähe der Leitung zu hören. 400 Meter entfernt herrschen definitiv Ruhe und Frieden. Nach der zum Jahresende angekündigten Änderung des Erdverkabelungsgesetzes muss eine Leitung unter die Erde verlegt werden, wenn sie näher als 400 Meter am Wohngebiet vorbeiführt. Wo also ist das Problem mit den Stromleitungen von Niedersachsen gen Sü-

den, die zu einem großen Teil nötig sind, um aus Windkraft oder Biogasanlagen gewonnene Energie zu transportieren? (...) Die jüngsten Erfahrungen haben gelehrt, Großprojekte zu hinterfragen. Aber wie solche Projekte selbst muss auch der Widerstand dagegen Sinn ergeben - und darf nicht nur auf Befindlichkeiten basieren.“

Polemischer und in der Kausalität sehr sicher ist der Blog „Verlorene Generation“:

„Jeder produziert Müll, trotzdem will keiner eine Müllkippe vor seiner Wohnung. Jeder will billigen Strom und wenig CO2, aber kein Atomkraftwerk in der Nähe. Jeder will einen hohen Anteil an regenerativer Energie im Strommix, aber keine Windmühlen und Stromkabel in der Landschaft. Daher habe ich volles Verständnis für die Bürgerinitiativen gegen Hochspannungsleitungen. Ich finde die auch nicht schön. Leider wird es ohne nicht gehen, denn ohne sie kann der Windstrom nicht zu den Verbrauchern transportiert werden.“

Wie nun Fukushima genutzt werden soll, um die Höchstspannungsleitungen als Anti-Atom-Maßnahme zu verkaufen, verdeutlicht die FAZ am 21. März:

„Die Katastrophe in Japan und der Kurswechsel der Bundesregierung in der Atompolitik führen zu ersten Gesetzesinitiativen. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) will an diesem Montag auf dem Treffen der EU-Energieminister in Brüssel Eckpunkte für einen schnelleren Ausbau der Stromnetze vorstellen. Der Ausbau der Netzinfrastruktur müsse "erheblich beschleunigt werden, damit der



Hochspannungsmasten - nicht schön - aber notwendig für Ökostrom?

Ökostrom zum Verbraucher gelangen kann", heißt es in dem Eckpunktepapier (...) Brüdeler plant ein Maßnahmenpaket für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und optimale Investitionsbedingungen, etwa indem Forschung und Entwicklung gefördert werden sollen. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Netzausbau will das Ministerium verbessern; noch drohen in vielen Regionen Proteste gegen Stromtrassen oder Stromspeicher."

Offen wird also die Katze aus dem Sack gelassen worum es eigentlich geht. Die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verbessern. Und wenn da ein GAU gerade passend kommt, nimmt man den eben dafür.

Nur am Rande erwähnt sei hier erstmal, dass der scheinbare Fakt, die Hochspannungsleitungen seien für Ökostrom gedacht, oder gar notwendig sehr fragwürdig ist. So vermutet die „Interessensgemeinschaft Achtung Hochspannung“ (achtung-hochspannung.de), die gegen eine Trasse von Vieselbach (Thüringen) bis Schweinfurth (Bayern) aktiv ist, dass Vatzenfall mit dem Bau hauptsächlich „Stromhandel mit billigem Atomstrom“ betreiben will, in Richtung Polen, oder: von maroden osteuropäischen Atomkraftwerken in Richtung Deutschland. Und der Förderverein Solarenergie meint: „Ein großer Teil des geplanten Netzausbaus kann eingespart werden, wenn Windanlagen bewusst im Umland der großen Städte errichtet werden". Technisch gesehen ist das aktuelle Problem, dass das Netz überfordert ist, wenn starker Wind weht und viel Energie aus den Windparks in das Netz eingespeist wird. Das eigentliche Problem dabei ist aber, dass die großen Kohle- und Atomkraftwerke zu unflexibel sind um in solchen Zeiten weniger Strom zu produzieren.

Die einzelnen Bausteine kann mensch nun aber auch in einen ganz anderen, folgenden Zusammenhang zusammensetzen:

Ökostrom ist eine tolle Sache: Neben den ökologischen Aspekten (über die es im Übrigen auch einer intensiveren Debatte bedarf, da viele Aspekte einfach ausgeblendet werden, wie beispielsweise die Herkunft der Rohstoffe) haben sie vor allem durch ihre beliebig kleinen Einheiten den Vorteil, dass sie wirklich dezentral genutzt werden können und so auch die dahinterstehenden Machtstrukturen nach unten verlagern könnten (Macht ist nicht zu verwechseln mit Herrschaft - Herrschaft ist die strukturelle, einseitige Anwendungsmöglichkeit von Machtmitteln. Deswegen ist Macht von unten kein Widerspruch). Genau diese Machtverlagerung ist aber natürlich der Horror der Stromriesen. Deren Strategie ist deshalb klar: Solange wie möglich an der Atomkraft und fossilen Energieträgern festhalten und in der Zwischenzeit Strategien ausarbeiten, wie auch mit erneuerbaren Energien eine zentralisierte Stromerzeugung mit Großeinheiten zu erreichen ist. Ein unter dem Namen DESERTEC veröffentlichtes Konzept, welches ein Stromnetz für ganz Europa und die arabische Welt vorschlägt, hauptsächlich gespeist durch Wüstenstrom, zeigt wohin die Reise gehen soll. Anstatt den bevorstehenden Strukturwandel für Dezentralisierung und Machtverlagerung nach unten zu nutzen, soll sie für eine noch weitergehende Zentralisierung der Macht und der Stromerzeugung dienen, plus einer Externalisierung des Flächenverbrauchs (und sonstigen Negativfolgen) in den globalen Süden. Neue Hochspannungsleitungen werden vielerorts dafür benötigt werden und die, die jetzt in Deutschland gebaut werden sollen sind in genau diesem Kontext zu sehen. Dass sie aber grundsätzlich für die Versorgung mit Ökostrom notwendig wären, ist ein diskursiver Schwindel.

Und der Wutbürger? Aus gutem Grunde wäre es wünschenswert, wenn diese diskursiven Verdrehungen und die realen Auswirkungen der Hochspannungsstrassen

sen mit viel Wut im Bauch bekämpft würden und eine Utopie von Ökostrom von unten verbreitet würde. Leider bleibt die Analyse der Gegner\_innen aber oft äußerst schwach, lässt all das oben beschriebene außer Acht und bezieht sich fast ausschließlich auf die direkten Auswirkungen der Trassen. So werden den bürgerlichen Diskurseliten ihre Verderbungen natürlich einfach gemacht.

## Suggestierte Kausalität

Interessant an der bürgerlichen Variante diese Bausteine zu einem Diskurs zusammenzufügen ist der Versuch einen simpel gestrickten Dualismus zu erzeugen. Das Denken in Dualismen ist im Übrigen ein weiterer elementarer Baustein der abendländischen Denkgeschichte.

Schlechte (ökologisch zweifelhafte) Projekte, gegen die es unter bestimmten Voraussetzungen legitim sein kann auf bestimmte Weisen zu protestieren, auf der einen Seite und gute (ökologische) Projekte auf der anderen Seite, gegen die nur irrationale Wutbürger mobil machen. Die Deutungshoheit darüber was gute und was schlechte Projekte seien, beanspruchen natürlich die diskursiven Eliten für sich selber. Der Trick dabei: Sämtliche Technologien die in Zukunft durchgesetzt werden sollen, werden einfach kurzerhand als gut und ökologisch betitelt.

Nehmen wir den Biosprit, der immer noch als grüne Alternative zum Benzin verkauft wird, obwohl längst klar ist, dass er ein gigantischer Verursacher von Hungersnöten und Regenwaldzerstörung (und somit in der Gesamtklimabilanz schlechter als fossiler Brennstoff abschneidet) ist. Das Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist sich immer noch nicht zu schade dem Agrosprit „eine bedeutende Rolle beim Klimaschutz“ herbeizuhalluzinieren. Das Argumentationsmuster ist so lächerlich wie die dahinterstehende Strategie banal. Im Kopf soll hängen bleiben: „Irgendwas mit Pflanzen, deswegen grün.“ Bei der Gentechnik ist das Motto: „Irgendwie gegen Hunger, deswegen gut“, bei der Atomkraft und der Kohlenstoffverpressung: „weniger CO2 in der Atmosphäre!“, und bei den Hochspannungsleitungen eben: „Da fließt Ökostrom, also gut!“

Die Grünwäscherei ist aber nicht als einheitlicher Vorgang „aller bürgerlichen Diskursmachenden“ zu sehen, die Debatten können natürlich auch dort kontrovers geführt werden. Am Anfang steht jeweils die Greenwashing-Kampagne der jeweiligen Konzerne und Lobbys und dann ist die Frage, welche Spektren der bürgerlichen Medien jeweils mitziehen (die Politik ist selbstverständlich fast immer auf Seiten der profitablen Technologien, auch wenn sie das nicht immer offen sagen können, wie bspw. Die Grünen). Dass im Falle der Hochspannungsstrassen das komplette bürgerliche Spektrum, einschließlich der taz, mitzieht zeugt schon von einer sehr erfolgreichen Greenwashing-





Eines der ersten Wüstenkraftwerke - Marokko

Kampagne. Nicht ganz so erfolgreich ist das bei der grünen Gentechnik oder bei der grünen Atomkraft der Fall. Auch wenn grüner Lack abblättern kann ist das Fiese an dieser Grünfärberei, dass erstmal eine Verlagerung der Auseinandersetzung stattfindet. Es geht nicht mehr um die Debatte "ist diese Umweltzerstörung nötig, und wenn nein, wie setzen wir uns dagegen zur Wehr", sondern es muss erstmal darüber debattiert werden, warum die jeweiligen Projekte denn eigentlich gar nicht grün sind.

### Prozesshafte Abwägung oder Strombedarf als Fixpunkt?

Zusätzlich interessant bei der Debatte, ob eine Versorgung mit erneuerbaren Energien möglich sei, ist die komplette Ausblendung der Frage wofür der Strom denn überhaupt verwendet wird. Stattdessen wird der aktuelle oder der prognostizierte Stromverbrauch als absoluter, zu deckender Fixpunkt gesehen – und zwar im nationalen Rahmen. Symptomatisch dafür ist der Spiegel-Titel vom 4.4.11: „Die Kernfrage: Wie Deutschland auch ohne Kernkraft funktioniert“. Diese Herangehensweise zieht zwangsläufig das Ausspielen der Gegner\_innen verschiedener Technologien nach sich. So ist das Resümee des Spiegel-Artikels dann auch: „Niemand weiß, ob es (Anm.: durch den Atomausstieg) am Ende mehr Gewinner oder Verlierer geben wird. Es hängt davon ab, ob die Unternehmen mitziehen und die Bürger sich nicht verweigern. Ob es gelingt, die großen Widerstände in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu überwinden.“ Aus der Ablehnung der Atomkraft soll also ein gemeinsames, nationales Interesse geschustert werden. Die Versorgung von Bayer, BMW und BASF mit (bezahlbarem) Strom soll also ab sofort gemeinsames Ziel aller „Deutschen“ sein und besonders das von Atomkraftgegner\_innen.

Als Gegenmodell für diese Logik ist eine Organisierung notwendig in der die Frage was produziert wird und was mit dem vorhandenen Strom angefangen wird Ergebnis von Prozessen von unten ist und im direkten Zusammenhang mit den Bedürfnissen der einzelnen Menschen steht. Eine prozesshafte Abwägung zwischen den folgenden 3 Polen ist notwendig: Strombedarf, Negativauswirkungen bei der Stromproduktion und der Bereitschaft zur Aufbringung der benötigten Arbeitskraft bei der Stromproduktion. Damit sich zwischen diesen Polen eine prozesshafte Dynamik von unten ergeben kann, aus der sich dann die konkrete Stromerzeugung ergibt, ist eine Dezentralisierung der Strukturen nötig sowie eine Verlagerung der Entscheidungsstrukturen nach unten - auch bei einer Produktion von Ökostrom.

### Ökostrom von unten

Der Versuch, nötige Umstellungen auf erneuerbare Energien zu nutzen um zentrale Strukturen auszubauen, sollte als Anlass genommen werden dem eine Utopie eines Ökostroms von unten entgegenzustellen und diese zu formulieren, zu debattieren und zu streuen.

In dem Film „Die vierte Revolution - Energy Autonomy“ legt der kürzlich verstorbene Herrman Scheer ausführlich dar, wie die erneuerbaren Energien, allen voran die Solartechnologie, sich dazu eignen ganz neue Strukturen der Energieversorgung aufzubauen, die auf Autonomie setzen. Leider bleibt der Film der Logik von kapitalistischen Strukturen verhaftet, und baut so auf regionale Stromkonzerne, die von dieser Dezentralisierung profitieren sollen, anstatt auf Menschen in Selbstbestimmung. In diese Richtung weitergedacht tun sich aber dann noch viel weitergehende Möglichkeiten auf, wie die Stromerzeugung in Selbstbestimmung angegangen werden könnte.

Ein Grundsatz eines utopischen Ökostroms von unten ist für mich das

Ziel, dass alle Anlagen von den Menschen von unten betrieben und kontrolliert werden. Von unten heißt für mich, dass der Zugang zu den Anlagen sowie zu dem erzeugten Strom keinerlei Herrschaftslogiken unterworfen ist – weder durch elitären Zugang, hierarchische Entscheidungsstrukturen noch Marktlogiken.

Um einen gleichberechtigten Zugang in der Praxis zu ermöglichen ist eine starke Dezentralisierung notwendig. Durch den Zugang aller zu den Entscheidungen darüber, welche Technologien zur Stromerzeugung genutzt werden sollen und welche nicht, ist eine viel breitere Auseinandersetzung und Debatte über die Auswirkungen der einzelnen Technologien wahrscheinlich. In welchen Strukturgrößen Anlagen betrieben werden und Entscheidungen stattfinden sollte sich frei entwickeln können und nicht starr sein, um keinen Konsenszwang zu erzeugen. Bei Negativauswirkungen von Anlagen (Lärm, Luftverschmutzung,... schließlich wäre bei einer Stromerzeugung von unten ja auch der Betrieb von nicht Öko-Anlagen nicht ausgeschlossen) sollten aber alle davon Betroffenen mit dem Betrieb der Anlage einverstanden sein – ansonsten: direct action!

Eine kompliziertere Frage ist die nach den Stromnetzen, um auch wieder zu der Frage der Notwendigkeit der 360.000 Volt-Trassen zurückzukommen. Sonne scheint nicht immer und auch der Wind weht nicht immer. Ist deshalb ein Deutschland- oder Europaweites Netz nötig? Zuerst finde ich es auch bei dieser Frage notwendig den Versuch der Stromkonzerne zu entlarven Dezentralisierung zu verhindern und dafür eine scheinbare Notwendigkeit zu suggerieren. Verhandene Windparks werden geführt wie Großkraftwerke, deshalb siedeln sie sich dort an wo die Ausbeute am Höchsten ist. Strom aus Wind ist aber überall zu erzeugen, genauso wie Solarstrom. Das was also als Fakt vermittelt wird, dass ein Stromtransport über viele hundert Kilometer notwendig sei, wenn Ökostrom gewollt wird, ist bloß das Ergebnis einer Entscheidung für eine ganz bestimmte Variante des Ökostroms – der zentralisierten.

Beim Solarstrom war es bisher schwer eine Tendenz hin zu Großkraftwerken zu erzeugen (aus Sicht der Großerzeuger) da sich Photovoltaikanlagen perfekt für eine dezentrale Nutzung eignen. Umso gravierender aber der neueste Versuch, mit der neuen Technik der Solarkonzentration zentrale Kraftwerke zu bauen und damit die Wüsten zuzukleistern, um damit die halbe Welt mit Strom zu versorgen.

Sonne und Wind sind überall vorhanden – selbst das Stuttgarter Wirtschaftsministerium veröffentlichte unlängst einen Windatlas dem zu entnehmen ist, dass es auch im Süden zahlreiche Standorte gibt, die sich ebensogut zur Windstromerzeugung eignen wie die Küstenregionen. Durch einen regional sinnvollen Energiemix, lässt sich ein Großteil der benötigten Energie erzeugen. Ein überregionaler

Ausgleich kann sinnvoll sein um Flauten auszugleichen. Ein 360.000 Volt Netz ist dafür sicher nicht nötig. Zudem ist es sinnvoll, sich mit stromintensiven Arbeiten danach zu richten, wann viel Strom vorhanden ist, oder vermehrt nach neuen Möglichkeiten der Stromspeicherung zu forschen, was im Prinzip auch in größeren Mengen in Batterien möglich wäre. Flauten können ansonsten durch das kurzfristige Anwerfen von dafür vorgesehenen Biogas-Blockheizkraftwerken ausgeglichen werden, in denen lokale Bioabfälle vergast werden. Am Beispiel der Biogasanlagen lässt sich ebenfalls der Unterschied zwischen zentralen und lokalen Strukturen gut verdeutlichen. Denn auch bei einem zentralistischen Europa-Arabien-Netz sind Biogasanlagen eingeplant, aber selbstverständlich als Großkraftwerke. Um dafür genügend zu vergasendes Material zu bekommen, werden diese auf der Grundlage von Mais oder anderen Pflanzen, die mit Nahrungsmitteln oder Wäldern konkurrieren, laufen. Die Problematik dabei ist klar: Anstieg der Lebensmittelpreise, Urwaldzerstörung durch den Anstieg des Flächenverbrauchs auf globaler Ebene. In lokalen Kleinanlagen könnten Bio-Abfälle aller Art vergast werden.

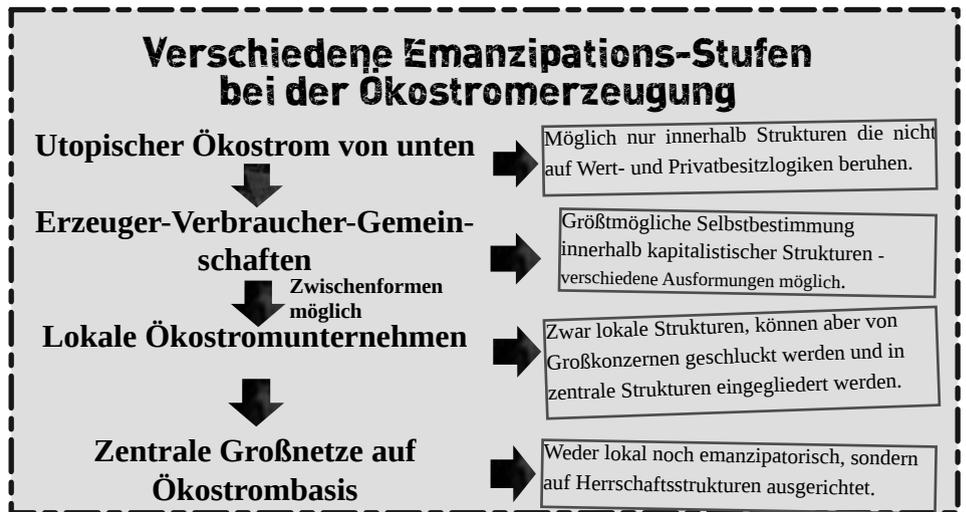
Aus folgenden Gründen halte ich eine lokale Stromproduktion, die sich am lokalen Verbrauch ausrichtet für sinnvoll:

- Beim Stromtransport geht viel Strom verloren.
- Es entstehen keine Abhängigkeiten von fremden Stromproduzent\_innen
- Ein größerer Bezug zwischen Erzeugung und Verbrauch ist vorhanden und damit auch mehr Überblick der Einzelnen für eine Abwägung zwischen Auswirkung der Erzeugung einerseits und Bedürfnis nach Stromverbrauch andererseits.

### Selbstverwaltung im Hier und Jetzt

Das alles ist zugegebenerweise eine sehr utopische Debatte, die zwar wichtig ist für die richtige Zielrichtung, die aber wenig Handlungsoptionen im Hier und Jetzt aufzeigt. Denn zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Aufhebung von Privateigentum liegen viele Schritte. Als konkreten Schritt in die richtige Richtung entstand im Jahr 2000 vom Ökoinstitut und der Ö-Punkte (nicht mehr erscheinende Zeitschrift aus der Jugend-Umwelt-Bewegung) folgende Idee:

„...Überall in den Regionen atomstromfreie Zonen schaffen, regionale Öffentlichkeitsarbeit für einen Umstieg von Atom- auf Ökostrom anzetteln sowie dezentral Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften gründen, die über Werbung, Beratung, und neue regenerative Energieanlagen beraten. Ziel ist die bundesweiten Stromanbieter dafür zu gewinnen, im Markt nicht eine Chance, sondern eine große Gefahr zu sehen. Dort sind die milliardenschweren Atomstromversorger der Gegner, die mit eigenen Pseudo-Öko-



Angeboten KundInnen ziehen. Zudem unterliegen Ökostromanbieter der ständigen Gefahr, geschluckt zu werden – dann wäre alles Werben von ÖkostromabnehmerInnen umsonst gewesen. Die Alternative wäre ein dezentrales Modell. Statt über die Konkurrenz im Markt verbünden sich Ökostromanbieter mit der politischen Bewegung, z.B. EnergielInis und Anti-Atom-Gruppen. Sie werden zu den AkteurInnen in den Regionen. Sie sollen langfristig auch die Entscheidungsbasis der Ökostromanbieter bilden. Dann gäbe es Ökostrom von unten, d.h. in den Regionen würde entschieden, wie für Ökostrom beworben und wie der Ökostrom produziert wird - will heißen: Wo welche neuen Anlagen entstehen.

Ziel ist es, durch die Umstellung von Haushalten, Betrieben, öffentlichen Einrichtungen usw. auf Ökostrom den Anteil an Atomstrom und die Macht der Konzerne zu verringern. Das geht nur, wenn...

•Die Umstellung nicht im liberalen Markt erfolgt, denn der Markt und den ihn schaffenden Institutionen tragen wesentliche Schuld an Ausbeutung, Diskriminierung und Umweltzerstörung.

•Langfristig gesichert bleibt, dass die neuen Ökostromversorger nicht Stück für Stück auf einen halbherzigen Kurs umsteigen bzw. von den Atomkonzernen geschluckt werden.

•Das Werben um eine Umstellung auf Ökostrom verbunden wird mit widerständigen Aktionen gegen die Nutzung von Atomkraft und die dahinterstehenden Machtstrukturen.“ - Ö-Punkte, Sommer 2-2000

### Nach Fukushima den Atomausstieg von unten organisieren!



**Solardach auf dem Kubiz, einem Projekthaus in Berlin - dezentral und selbstverwaltet**

Unabhängig der Utopie eines Ökostroms von unten wird es in den nächsten Jahren ganz reale Kämpfe darum geben, welche Form des Ökostroms sich durchsetzen wird – zentral oder dezentral? Zwar werden die Stromriesen mit allen Mitteln versuchen die bestehenden Strukturen in eine post-fossile, atomkraftfreie Zeit hinüberzuretten, oder gar weiter zu zentralisieren, aber was ist eigentlich, wenn der Markt bis dahin bereits gesättigt ist mit dem Strom dezentraler Kleinanlagen? Die Etablierung eines zentralen Mega-Öko-Netzes wird noch einige Zeit benötigen. Bis dorthin ist das Festhalten an Atomkraft und fossilen Energieträgern vorgesehen. Wenn es gelingt den Druck nach der atomaren Katastrophe in Fukushima soweit zu erhöhen, dass die Atomkraft ihr vorzeitiges Aus erfährt, entsteht zwar kein Versorgungsengpass, wie in der Propaganda behauptet wird (Deutschland ist derzeit Energieexporteur), aber es würde eine Situation entstehen, in der der Umbau schneller voranschreiten muss. Das könnte die Stromriesen auf dem falschen Fuß erwischen und einen Freiraum erzeugen, für zahlreiche Initiativen, die Anlagen in Selbstverwaltung, oder zumindest in lokalen Strukturen aufbauen. Diese Situation gilt es zu nutzen, mit Konzepten die einem utopischen Ökostrom von unten möglichst nahe kommen, gleichzeitig aber auch von möglichst vielen Menschen konkret umgesetzt werden können.

Ein aktuelles Beispiel in diesem Kontext ist das Solardächer-Konzept der Stiftung Freiräume. Die Stiftung, die es sich selber zum Ziel setzt Rechtsform für den Entzug von Immobilien aus der Privatbesitzlogik zu sein, und versucht diese zu öffnen für kreative und horizontale, offene Projekte, will zusammen mit Solarfir-